

An den Bürgermeister der Stadt Dinslaken

Dr. Michael Heidinger

Stellungnahme der Pfarrei St. Vincentius zum Bürgerantrag des Flüchtlingsrates Dinslaken

Betr.: Beschlussvorlage für den Rat der Stadt Dinslaken (10. Oktober 2019)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Jahren kümmern sich viele engagierte Christinnen und Christen unserer Pfarrgemeinde um die Alltagsprobleme der Menschen, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, um der Bedrohung von Leib und Leben oder äußerster Not und Perspektivlosigkeit zu entkommen. Ihre Unterbringung im Caritas-Übergangsheim an der Fliehbürg erforderte weitere Integrationsbemühungen, die z.B. vom Flüchtlingsprojekt Herz-Jesu-Oberlohberg in Angriff genommen wurden. Dazu gehören Kennenlernrunden, Behördengänge und Arztbesuche, Sprachunterricht und Brauchtumpflege, Ausbildungsförderung, Wohnungsausstattung und die Vermittlung geeigneter Rechtsanwälte. Besonderen Wert legen Käthi Klein und ihre Helferinnen auf die Frauenarbeit.

Das drängendste aller Probleme ist aber seit langem die Bedrohung der Flüchtlinge, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind und auf abenteuerliche Weise von Hilfsschiffen vor dem Ertrinken gerettet wurden. Immer wieder verfolgen wir die Dramen, die sich aus der Weigerung ergeben, diesen Schiffen den Zugang zu einem sicheren Hafen zu gewähren. Die Kirchen haben sich eindeutig positioniert und fordern den unbedingten Vorrang des Lebensschutzes vor allen anderen Erwägungen. Es würde auf eine Kapitulation der europäischen Wertegemeinschaft hinauslaufen, wenn man die in Seenot geratenen Menschen tatenlos ihrem Schicksal überließe. Das hohe Gut des menschlichen Lebens darf nicht mit den Unannehmlichkeiten verrechnet werden, die eine Rettung in Seenot Geratener für bestimmte Nationen oder Gesellschaften bedeuten würde. Rechtsnormen sollen dem Leben dienen und dürfen nicht so gestaltet oder ausgelegt werden, dass ihr Hauptzweck das Abwälzen von Verantwortung ist. Unser Diözesanbischof Dr. Felix Genn sagte auf der Großen Prozession der Stadt Münster: „Menschen, die Leben retten, können keine Verbrecher sein“ und fügte hinzu: „Gesetze, die dies bezeugen, sind falsch, ganz gleich, wie laut geschrien wird. Wir brauchen den Rechtsstaat, damit Menschen vor Unrecht geschützt werden. Aber der Rechtsstaat tritt für Menschlichkeit ein, nicht dagegen“

Aus diesen Gründen sind wir als Pfarrgemeinde bereit, für ein zusätzliches Kontingent von 50 in Seenot geratenen Flüchtlingen Mitverantwortung zu übernehmen und bitten den Rat der Stadt Dinslaken, dem o.g. Bürgerantrag zu entsprechen.

Pfarrer

Pfarrreirat

Kirchenvorstand